Soziale Arbeit

Strategien gesellschaftspolitischer Einflussnahme der Sozialen Arbeit am Beispiel der Suchthilfe

Lisa Riedler

Bachelorarbeit 2

Eingereicht zur Erlangung des Grades

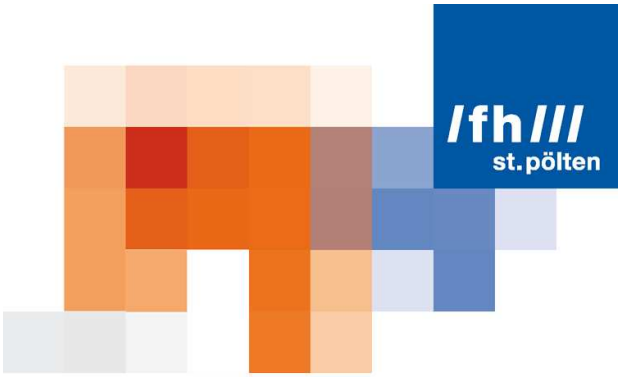
Bachelor of Arts in Social Sciences

an der Fachhochschule St. Pölten

Im Mai 2013

Begutachterin:

FH-Lektorin DSA Mag[a] Manuela Brandstetter



Abstrakt

Diese Forschungsarbeit thematisiert den wechselseitigen gesellschaftspolitischen Einfluss Sozialer Arbeit. Im Speziellen wurden diesbezügliche Strategien der Einflussnahme von ProfessionistInnen im Bereich der Suchthilfe untersucht. Daten wurden mit Hilfe vier leitfadengestützter Interviews nach Gläser/Laudel (2004) mit insgesamt sechs SozialarbeiterInnen des Handlungsfeldes Sucht erhoben. Die Auswertung erfolgte mit dem Kodierparadigma nach Strauss/Corbin (1996). Die Ergebnisse zeigen, dass das „politische Mandat“ (Geißler-Piltz/Räbinger 2010:53) der Sozialen Arbeit nicht unumstritten ist. Die vorhandenen Strategien werden in dieser Arbeit von verschiedenen Perspektiven aus beleuchtet und mit Blick auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft diskutiert.

Abstract

This study discusses the interactive impact of social policies and social work. The focus is based on influencing strategies of social work in the field of addiction treatment. The data collection process has been carried out via four guided interviews with six social workers by the method of Gläser/Laudel (2004). Through the coding paradigm by Strauss/Corbin (1996) the results were analyzed. The results show that the political mandate of social work is not uncontroversial. Overlooking the past, the present and the future, the existing strategies are presented and discussed from various perspectives.

Inhalt

1. Einleitung 1
2. Kontextklärung 1
3. Forschungsprozess 5
3.1. Fragestellung und Forschungsinteresse 5
3.2. Datenerhebung und Datenauswertung 6
3.2.1. Das leitfadenorientierte Interview nach Gläser/Laudel (2004) 6
3.2.2. Das Kodierparadigma nach Strauss/Corbin (1996) 7
4. Ergebnisse 8
5. Resümee 29
6. Literatur 32
7. Anhang 34
7.1. Interviewleitfaden 34
7.2. E-Mail-Verkehr mit der Bundesdrogenkoordination vom 18.12.2012: 36
7.3. Abkürzungen 38
8. Eidesstaatliche Erklärung 39

1. Einleitung

Das Bachelorprojekt, in dessen Rahmen diese Arbeit entstand, wurde mit der Frage „Gesellschaftspolitischer Wandel – Strategien Sozialer Arbeit?“ benannt. Ich habe mich für diese Projektgruppe entschieden, da auch ich mir schon häufig diese Frage gestellt habe. Es interessiert(e) mich, inwiefern sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf die Soziale Arbeit auswirken und wie weit SozialarbeiterInnen Einfluss auf die gegebenen Umstände nehmen (können). Dazu schienen mir auch die Bedingungen bzw. Erfordernisse einer Einwirkung relevant.
Im Laufe meiner Recherche habe ich erkannt, dass zahlreiche Faktoren Einfluss auf die Beantwortung dieser Fragestellung haben. Im Folgenden möchte ich einige davon erläutern. Der folgende Teil der Forschungsarbeit soll die Erkenntnisse, die durch die Interviews mit ProfessionistInnen ermittelt wurden, nachvollziehbar machen.

2. Kontextklärung

Die Erhebungen für diese Bachelorarbeit wurden im Handlungsfeld Sucht durchgeführt, das ich aufgrund meiner dazu fehlenden Erfahrung näher untersuchen wollte.
Soziale Arbeit und Suchthilfe sind Gebiete, die auf Basis verschiedener Lösungsansätze kontinuierlich weiterentwickelt wurden (vgl. Loviscach 1996:168 ff). Als ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer professionellen Suchthilfe entstand, wurde klar, dass mehrere Professionen und Sichtweisen in diesen Entwicklungsprozess mit einbezogen werden müssen. Psychische, medizinische, finanzielle, strukturelle und soziale Aspekte sind dabei damals wie heute zu beachten (vgl. ebd.). Im Hinblick auf die Dynamiken, die einen Veränderungsprozess beeinflussen, ist unter anderem dieser multiprofessionelle Einfluss ausschlaggebend. Mehrere Professionen könnten sich für eine Reorganisation in dem Bereich der Suchthilfe verantwortlich fühlen.

Im Bezug auf die Soziale Arbeit stellt sich also die Frage, warum gesellschaftliche Veränderung für die Arbeit mit KlientInnen im Suchthilfebereich für sie relevant ist.

Dazu schreibt Robert Castel (1983:51) in seinem Essay „Von der Gefährlichkeit zum Risiko“: Ihm zufolge ist bei jedweder Intervention wesentlich, diese nicht länger (nur) als „die unmittelbare Beziehung, die Konfrontation zwischen einem Betreuer und einem Betreuten“ zu sehen. Entscheidend [sei] vielmehr die Konstruktion von Populationen geworden, „die auf einer Kombination abstrakter, generell risikoreicher Faktoren [beruhe]“ (ebd.). Demnach ist nicht nur der/die KlientIn selbst entscheidend für dessen Wohlbefinden sondern auch die Beeinflussung derjenigen Lebensbedingungen, in denen das Individuum besteht.

Castel beschreibt damit einen gesellschaftspolitischen Prozess, in welchem dazu übergegangen wird, die „Intervention des Psychiaters auszuweiten, notfalls indem man ihm neue Rollen zuweist, ihn zum Berater der politisch Verantwortlichen oder zum Gehilfen der verschiedenen ‚Macher’, die administrative Verantwortung tragen, befördert“ (Castel 1983:58). Ziel solle sein, „die Regierungsstellen dazu zu bewegen, die Gesetze und Vorschriften zu ändern“ (ebd.). Hier kann nun wiederum die Schleife zur Sozialen Arbeit gezogen werden. „Was aber befähigt speziell die Psychiater [/SozialarbeiterInnen] zur Übernahme dieser neuen Aufgaben? (…) Der Spezialist der Mentalmedizin [/Sozialen Arbeit], der in diesen Bereichen (…) seine Dienste anbietet, muss höchstwahrscheinlich damit rechnen, dass seine Kompetenz bestritten wird oder dass er zumindest gegen die starke Konkurrenz von zahlreichen anderen Spezialisten zu kämpfen hat“ (ebd).

Castel benennt Problembereiche in der Psychiatrie, die ebenso auf die Soziale Arbeit zutreffen. Hilfe für KlientInnen findet immer unter einem Zelt konkurrierender Standpunkte statt. Notwendige Voraussetzungen für eine gelingende Zusammenarbeit werden zum Beispiel von Jürgen Mühl in seinem Artikel „Konkurrenz und Kooperation – Zur Perspektive der Suchtkrankenhilfe“ (Mühl 2011:26) genannt. Wichtig für eine Weiterentwicklung seien demnach drei Faktoren: Transparenz im Bezug auf die Inhalte und Ergebnisse der Sozialen Arbeit, Offenheit und Kooperationsbereitschaft (vgl. Mühl 2011:29).

Vor dem Hintergrund der oben genannten Frage kann deshalb gesagt werden, dass die Soziale Arbeit durch die Inhalte und die Ergebnisse ihres Handelns, in Kooperation mit

anderen Professionen, sehr wohl für einen gesellschaftspolitischen Wandel mit dem Ziel einer positiven Entwicklung verantwortlich ist.

Gesellschaft und Drogen - Drogenkonsum als soziales Problem

Drogenpolitik und Suchthilfe sind zwei sehr komplexe Thematiken, zu denen es verschiedene, vielfach auch stark auseinander gehende, Ansichten und Positionen gibt. Der Blick auf Sucht hat sich gewandelt und dies hat auch den Umgang mit der Thematik verändert (vgl. Loviscach 1996:168 ff.). Verschiedene Entwicklungen und damit verbundene Erkenntnisse, der Wunsch nach Verbesserung der Situation und damit einhergehendes Engagement waren ausschlaggebend für Verbesserungen in der Suchtarbeit. Dennoch bestehen immer noch viele Problemfelder (vgl. ebd.).

Drogenkonsum findet vermutlich seit Anbeginn der Menschheit statt. „Ob es sich dabei um ein soziales Problem handelt, hängt von den soziokulturellen Umständen ab“ (Loviscach 1996:82).
Sucht, und im Vorgriff auf die befürchtete Sucht auch der Drogenmissbrauch, wird hierzulande gegenwärtig als abweichendes Handeln, als Krankheit, unvernünftiges und rechtswidriges Verhalten interpretiert. Drogengebrauch bzw. Sucht stellen Grundwerte moderner Gesellschaften (Ich-Bewusstsein, Rationalität, Selbstkontrolle) in Frage. Mit dem Ziel, diese wieder herzustellen bzw. zu erhalten, werden vermeintlich helfende, heilende und strafende Interventionen gesetzt (vgl. Loviscach 1996:93). Dies bedeutet, dass diesen Zwecken dienliche Systeme aufgebaut und von der Allgemeinheit finanziert werden. Finanzielle Mittel werden jedoch nur zur Verfügung gestellt, wenn es allgemein für notwendig erachtet wird. In dieser Arbeit wurde deshalb auch erforscht, wie und ob SozialarbeiterInnen im Suchtbereich die Relevanz und die Inhalte ihrer Arbeit öffentlich nachvollziehbar machen. Außerdem wird beleuchtet, welche gesellschaftspolitischen Modelle von ProfessionistInnen genannt werden, welchen Einfluss diese auf die bisherigen Entwicklungen hatten/haben können und wie sich dies auf die Veränderungsarbeit auswirkt.

Unzählige Menschen, unter anderem SozialarbeiterInnen, konnten durch ihr bisheriges Engagement einen Beitrag dazu leisten, die Arbeit in der Suchthilfe zu verbessern (vgl. Lovisach 1996:168 ff.). Das Interesse dieser Forschungsarbeit liegt darin herauszufinden, welche Strategien SozialarbeiterInnen anwenden, um auch in Zukunft positive Entwicklungen in der Arbeit mit süchtigen KlientInnen voranzutreiben. Wie gestaltet sich der Anteil von ProfessionistInnen Sozialer Arbeit am sozialpolitischen Fortschritt?

3. Forschungsprozess

Im Folgenden soll nun näher auf das Forschungsinteresse dieser Arbeit eingegangen werden.

3.1. Fragestellung und Forschungsinteresse

Die Fragestellung, die sich für mich aus dem oben Dargestellten ableitete war:
„*Inwiefern verfolgen SozialarbeiterInnen in der Suchthilfe Strategien, um Einfluss auf gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen zu nehmen?*“

Dabei sind „Strategie“ und „gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen“ die zentralen Begriffe, die meine weitere Arbeit bestimmen. Sie sollen daher im Folgenden näher definiert werden.

„Strategie“:

Subjekte stellen sich stets gesellschaftlichen Bewältigungsaufforderungen und trachten nach einer kompetenten „Bewältigung“ derselben. Es geht einerseits um das Erreichen von Selbstwert, sozialer Anerkennung und das Streben nach Selbstwirksamkeit im professionellen Selbstbild. Andererseits versteckt sich hinter einer scheinbar banalen Strategie oft eine komplexe Antizipation* gesellschaftlicher Wirklichkeit. Soziale Arbeit ist ohne Gesellschaftsbezug (makro-; meso- und mikrosozial) nicht denkbar (vgl. Mansel/Kahlert 2007 sowie Keupp 1981). In dieser Forschungsarbeit soll herausgearbeitet werden, welche Strategien bei SozialarbeiterInnen der Suchthilfe vorliegen, wie diese in Erscheinung treten und welche Charakteristika sie aufweisen.

*Antizipation = Vorwegnahme, Vorgriff (Duden 2013)

„Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen“:

Das Erkenntnisinteresse dieser Forschungsarbeit bezieht sich darauf, inwiefern SozialarbeiterInnen der Suchthilfe die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen innerhalb des Handlungsfeldes „Sucht“ prägen. Ein Rahmen ist “etwas, was einen bestimmten Bereich umfasst und ihn gegen andere abgrenzt“ (Duden 2013). Eine Bedingung ist eine „Gegebenheit, die für (…) etwas bestimmend ist“ (Duden 2013). Gesellschaft(spolitik) ist demnach ein Bereich, der bestimmt/definiert werden kann. Es soll dargestellt werden, wie die diversen Interaktionsprozesse innerhalb der Suchthilfe die Form / Gestalt der Gesellschaftspolitik mit entwerfen.

3.2. Datenerhebung und Datenauswertung

Zur Datenerhebung wurden vier leitfadenorientierte Interviews nach Gläser/Laudel (2004) mit insgesamt sechs ProfessionistInnen der Suchthilfe im Bereich Wien/Niederösterreich geführt. Diese wurden digital aufgezeichnet. Das erhaltene Material wurde anschließend transkribiert und mit dem Kodierparadigma nach Strauss/Corbin (1996) ausgewertet.

3.2.1. Das leitfadenorientierte Interview nach Gläser/Laudel (2004)

Der Leitfaden ermöglicht bei einer größeren Anzahl von Interviews die Erhebung gleichartiger Informationen. Themen können sich jedoch auch neu entwickeln und anders aneinander angeschlossen werden (vgl. Gläser/Laudel 2004:139). Diese Art des Interviews wurde gewählt, da der Leitfaden einerseits eine Art Gerüst darstellt und andererseits die Möglichkeit für ein offenes Gespräch bietet. Diese Form ermöglichte offene und individuelle Gespräche, die in meinem Fall viele verschiedene Sichtweisen und Denkmuster offen legten. Die Dauer der Interviews betrug durchschnittlich 1,5 Stunden. Die ProfessionistInnen waren durchwegs interessiert an der Forschungsfrage. Durch die Wiederholung der gleichen Fragen wurde meiner Ansicht nach deutlich, wie unterschiedlich sich die einzelnen SozialarbeiterInnen bereits mit dem Aspekt des gesellschaftspolitischen Auftrags ihrer Profession auseinander gesetzt haben.

3.2.2. Das Kodierparadigma nach Strauss/Corbin (1996)

Für die Datenauswertung wurde das Kodierparadigma nach Strauss/Corbin (1996) angewandt. Beim Entwickeln der Grounded Theory müssen freie Assoziationen gebildet, Fragen gestellt und Vergleiche angestellt werden, um schließlich zu neuen Entdeckungen zu gelangen (vgl. Strauss/Corbin 1996:12). Diese Methode wurde gewählt, da das Feld der Suchthilfe ein für mich noch unbekanntes Terrain darstellte, welches durch möglichst große Offenheit erschlossen werden sollte und welches epistemologisch Rückschlüsse auf Handeln (in Gestalt von „Strategien“) und auf Struktur (in Form von Kontext) zulässt.

4. Ergebnisse

1. Interesse

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Versuch von ProfessionistInnen der Sozialen Arbeit auf gesellschaftliche Entwicklungen Einfluss zu nehmen, scheint Interesse zu sein (vgl. I1, Z.75). Interesse wecke Motivation und Energie, welche wiederum den Antrieb zur Handlung veranlasse (vgl. I1, Z.552+557). Aus den Narrationen geht hervor, dass neben der persönlichen Vorliebe für einen bestimmten Bereich die eigene Überzeugung eine wichtige Grundlage darstellt (vgl. I1, Z.460+836). Das Handlungspotenzial, das durch intrinsische Motivation, also einen inneren Anreiz, ausgelöst wird, scheint immense Möglichkeiten zu öffnen.

SozialarbeiterInnen scheinen den Anspruch zu stellen, sich mit ihrer Arbeit identifizieren zu können. Diese Schlussfolgerung kann aus Narrationen wie: „[Einrichtung XY] ist nicht mehr abstinenzorientiert, sunst warad i ah ned do dabei“ (I1, Z.460) gezogen werden. Der hohe Anspruch an die Identifikationsfähigkeit der Berufsausübung birgt aber auch ein großes Risiko. Ein weiteres Charakteristikum der Sozialen Arbeit ist nämlich auch der rege Stellenwechsel der im Laufe einer sozialarbeiterischen Berufstätigkeit stattfinden kann bzw. stattfindet. „Wenn i (…) in an Verein komm, der jetzt ned unbedingt so drauf is wie i, hob i de Wahl entweder mitzuziehen oder da irgendwas zu verändern“ (I1, Z.838) oder zu sagen „i wü des neama“ (I1, Z.111) und auszusteigen / zu gehen (vgl. I1, Z.110+87).

Es sei immer wieder zu beobachten, dass SozialarbeiterInnen den Arbeitsplatz aufgrund ihrer persönlichen Überzeugung und der Unvereinbarkeit mit den Arbeitsbedingungen wechseln (vgl. I1, Z.221). Auch die individuelle Lebensgestaltung, wie die Gründung einer Familie, kann eine berufliche Veränderung zur Folge haben. Ein Professionist erzählt z.B. er sei „daun (…) Papa wordn und woit (…) mehr Stunden haben“. Dies erforderte einen Stellenwechsel. Das Problem das dadurch entstehe sei, dass „viele gar ned lang genug dabei bleiben“ (I1, Z.349) um strukturveränderndem Engagement nachzugehen. Daraus könnte der Schluss gezogen werden, dass viele von jenen, die lange genug in einem

Bereich tätig waren, um einen Überblick über die verschiedenen strukturellen Problemfelder zu bekommen, das Feld unverändert wieder verlassen.

Ein weiterer Grund könnte das wechselnde individuelle Interesse der ProfessionistInnen sein. Ersichtlich wird dies anhand der Narrationen einer der SozialarbeiterInnen, welche/r sich nach einiger Zeit in der Jugendarbeit vermehrt für den Bereich der Suchthilfe begeisterte. „In da Jugendarbeit kummst do auf Dauer ned weiter, weil des eigentlich ned de Hauptaufgabe is, an so einer Problematik zu arbeiten; oiso hob i ma docht des interessiert mi, hob mi abissl fort gebildet und bin dann zum Verein Wiener Sozialprojekte gegangen“ (I1, Z.74).

Ein weiterer Aspekt ist, dass die einzelnen SozialarbeiterInnen durchaus verschiedene Berufsmotivationen haben können. Die Motivation direkte Hilfe für Betroffene zu leisten, wirkt sich möglicherweise anders aus, als jene, gesellschaftliche Rahmenbedingungen mitentwickeln zu wollen.

Die oben dargestellten Punkte machen also deutlich, dass strukturelle Einflussnahme zu einem großen Teil von individuellem Interesse und dazugehöriger Motivation abhängig ist. Die dazugehörigen Strategien verfolgen daher vermutlich auch unterschiedliche Ziele.

2. Fortbildung

Es scheint im Feld der Sozialen Arbeit mittlerweile breiter Konsens darüber zu bestehen, dass ohne eine fundierte Ausbildung die Ausübung dieses Berufes nicht in professioneller Art und Weise möglich ist. Wie sieht es aber nach der Grundausbildung aus? Weiterbildung ist eine Strategie von SozialarbeiterInnen in der Suchthilfe, um Einfluss – zumindest auf kognitiv-deskriptiver Ebene - auf gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen nehmen zu können. Wissen scheint also für eine Einflussnahme unabdingbar.

Veränderungen beinhalten immer eine unbekannte Komponente. SozialarbeiterInnen in der Suchthilfe werden immer wieder mit ungewohnten Situationen konfrontiert. Neuartige Partydrogen, Gesetzgebungen, Herangehensweisen, etc. (vgl. I1, Z.68) fordern ProfessionistInnen regelmäßig dazu auf, mittels Generierung von Wissen alternative Strategien zu entwickeln (vgl. I1, Z.76). Im Zuge meiner Erhebungen wurden einige dieser Vorgehensweisen bezüglich der Erlangung von Know-how sichtbar.

Es gibt zum Beispiel den Weg der klassischen Fortbildung, welche in einer der befragten Organisationen etwa drei Mal pro Jahr verpflichtend stattfindet (vgl. I3, Z.630). Unter dem Begriff Fortbildungen verstehe ich organisierte, vorgegebene Seminare zu einem bestimmten Themengebiet. Besteht Interesse an darüber hinausgehenden Fortbildungen, liege es in der Verantwortung der jeweiligen Sozialarbeiterin/des jeweiligen Sozialarbeiters, sich um die finanziellen und zeitlichen Ressourcen zu kümmern. In einzelnen Fällen bestehe die Möglichkeit finanzielle Unterstützung vom Arbeitgeber auch für darüber hinausgehende Kurse zu bekommen. Man müsse diese jedoch in jedem Fall in der Freizeit besuchen (vgl. I3, Z.632-636).

Hier stellen sich noch einige relevante Fragen im Bezug auf die Strategien Sozialer Arbeit, die im Zuge der Interviews nicht zur Sprache gekommen sind. Es wäre zum Beispiel aufschlussreich, ob die Art der Fortbildung von den SozialarbeiterInnen selbst oder von der Geschäftsleitung bestimmt wird. Als nächstes wäre sicherlich auch interessant, von wem Inhalte für Fortbildungen zur Verfügung gestellt werden. Welche GeldgeberInnen involviert sind, kann sich ja bekanntlich stark auf die Inhalte der verschiedenen Fortbildungen auswirken. Fortbildungen von ÄrztInnen werden zum Beispiel oftmals von der Pharmaindustrie bereit gestellt, was sich in der Art und Weise der Berufsausübung stark abzeichnen kann (vgl. Buchacher 2008)

Eine weitere Möglichkeit ist die Erkenntnisgewinnung durch das Betrachten verschiedenster „best-practice“ Beispiele. Einige der befragten ProfessionistInnen berichten von den Eindrücken, die sie außerhalb Österreichs gewinnen konnten. Ein Sozialarbeiter war „durch

europäische Netzwerkgschichten im Suchthilfebereich (…) in Osteuropa, Westeuropa, Nordeuropa, Südeuropa“ (I1, Z.261), um sich deren Vorgehensweise näher anzusehen. Es werden also offenbar Vergleiche zu anderen Ländern hergestellt, um sich ein Urteil darüber zu bilden, welche Vorgehensweisen in Österreich unzeitgemäß oder auch fortschrittlich sind und wie sie weiter entwickelt werden könnten (vgl. I1, Z.264). Auch Narrationen anderer ProfessionistInnen lassen erkennen, dass Handlungskonzepte anderer als Inspiration für mögliches Veränderungshandeln im eigenen Wirkungsbereich dienen.

Als nachahmenswertes Beispiel wurde unter anderem die Drogen- und Suchtpolitik der Schweiz genannt (vgl. I2, Z.61), deren Vorbildwirkung auch in wissenschaftlichen Magazinen thematisiert wird. „Die Drogenpolitik der Schweiz wurde und wird primär als erfolgreiche Gesellschaftspolitik betrachtet, in der ‚law and order’ jeweils nur einen von vielen Aspekten bildet“ (Cattacin 2012:9). In der Schweiz ist es gelungen, ein Organ zu etablieren, welches Wissenschaft und Politik verbindet. Diese Instanz trägt den Namen „Subkommission Drogenfragen der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission“ (Cattacin 2012:10). Sie wurde 1981 damit beauftragt, einen Drogenbericht zu erstellen. Ziel war, über Drogenpolitik nicht mehr zu streiten, ohne zu argumentieren. Anstelle von Ideologien sollten Ideen, die auch verwirklichbar sind, sowie entsprechende Informationen treten (vgl. ebd.). Nicht zu unterschätzen war in diesem Prozess „das ‚going out’ der Regierungen und Verwaltungen auch im Hinblick auf die Beteiligung der Bevölkerung an der Diskussion“ (Cattacin 2012:10). Auch die Relevanz zukünftiger Schritte wird von der Kommission angesprochen. Sie empfiehlt zum Beispiel, eine ausschließlich auf illegale Drogen ausgerichtete Politik zu verlassen. Ziel solle eine sachliche, in sich stimmige, wirksame und glaubwürdige Politik sein, die einerseits alle psychoaktiven Substanzen sowie eine verstärkte Ursachenorientierung umfassen (vgl. ebd.).

Die befragten ProfessionistInnen erklären Kontraste in der Herangehensweise zur Thematik Sucht mit den „prinzipiell unterschiedliche(n) Umgangsweisen mit Menschen“ (I2, Z.213) in den verschiedenen Ländern. Möglichkeiten zur Veränderung seien immer auch vor dem kulturellen Hintergrund eines Landes zu sehen (vgl. I2, Z.217). Problematisch hierzulande

sei aus Sicht der Befragten, dass „der Österreicher im Allgemeinen sehr regional beschränkt denkt, (…) wos vor meiner Haustür is - des is a Problem, wos a poa Straßen weiter is - des interessiert mi scho goa nimma“ (I1, Z.381). Dieser Habitus bedinge die vorherrschende „Klientelpolitik“ (I1, Z.384) in Österreich mit. Einerseits scheint eine Rücksichtnahme auf gegebene Rahmenbedingungen wichtig zu sein. Andererseits sehe ich hier ebenso die Gefahr, diese auch als Ausrede für das Nichtzustandekommen verschiedener Innovationen heran zu ziehen.

Die Generierung von Wissen ist in der Sozialen Arbeit demnach durchaus eine Strategie der gesellschaftspolitischen Einflussnahme. Viele der interviewten SozialarbeiterInnen besuchen Fortbildungen, vergleichen verschiedene Soziallandschaften, versuchen gegebene gesellschaftliche Rahmenbedingen zu analysieren/konkretisieren sowie deren Möglichkeiten und Grenzen auszuloten. Sie bemühen sich, einen offenen Blick für diverse Handlungsalternativen zu bewahren und ihren Horizont durch Weiterbildung und Orientierung nach außen zu erweitern.

3. Vernetzung

Narrationen von ProfessionistInnen wie „wir kämpfen sehr darum, dass ma uns halbwegs gut vernetzen“ (I1, Z. 276) neben „I kenn kaum a Vernetzungsforum in der professionellen Suchtarbeit, wo (…) wos dauerhaftes entstehen dat“ (I. 1, Z. 342) und „diese Foren waren entweder viel zu aufgeblasen (…) oder de von den MitarbeiterInnen gewünschten Kooperationen [wurden] von den Oberen ned wahnsinnig gern gesehen“ (I1, Z. 276), legen die Vermutung nahe, dass das sogenannte Networking immer wieder an mangelnder Expertise und funktionierenden vorbildhaften Standards scheitert.

Vernetzung wird in der Sozialen Arbeit dem Anschein nach (ganz nach dem Motto „Allein bin ich nichts. Gemeinsam sind wir stark“) als eines der zentralen Instrumente im Hinblick auf gesellschaftspolitische Einflussnahme betrachtet. Trotzdem es in der Ausbildung immer

wieder thematisiert wird, gab es aber bis dato im gegenständlichen Bachelorstudiengang Soziale Arbeit der Fachhochschule St.Pölten keine ausgewiesene Lehrveranstaltung in der spezifisches Fachwissen zu „Vernetzung“ (I3, Z.651) oder „Netzwerkarbeit“ vermittelt wurde. Im untersuchten Feld offenbart sich, dass ProfessionistInnen zu einem großen Teil den Habitus eines „Einzelkämpfertums“ aufweisen. Dieses Spezifikum kann meiner Ansicht nach in vielen Bereichen der Sozialen Arbeit beobachtet werden. Diese Ansicht teilt auch W. R. Wendt, indem er in seinem Buch „Innovationen der sozialen Praxis“ schreibt: „Von einem organisierten Milieu und System der Innovation (…) kann im Sozialsektor bisher kaum eine Rede sein. Dazu bedürfe es einer Vernetzung von auf Innovation gerichteten Aktivitäten (vgl. Pyka/Küpper 2000) an Hochschulen, bei den Dienstleistern und ihren Verbänden und in Sozialverwaltungen“ (Wendt 2005:45).

Ob SozialarbeiterInnen sich vernetzen und auf welche Art und Weise scheint – wie oben zum Ausdruck gebracht wurde – (noch) jeder/m individuell überlassen zu sein. Diverse Strategien wie: „man sucht sich Verbündete“ (I1, Z.564), „am leichtesten du gehst abissl furt, gibst di offen (…) und es kennt immer irgendwer irgendjemanden“ (I1, Z.596) werden zum Gegenstand der narrativen Rekonstruktionen, die eben tendenziell auf eine individuelle aber wenig professionelle Herangehensweise hindeuten. Auch scheint innerhalb von Organisationen und Teams kein breiter Konsens darüber zu bestehen, wie Vernetzung auszusehen hat. In den Interviews fallen immer wieder Begriffe wie „interdisziplinäre Teams“ (I3, Z.331), „sozialpolitische[r] Arbeitskreis“ (I3, Z.537), „Suchtteam“ (I3, Z.581), „Qualitätszirkel“ (I3, Z.586), „Sozialtreff“ (I3, Z.608), welche scheinbar alle das Gefühl von Vernetzung vermitteln sollen. Auffallend ist, dass diese Bezeichnungen alle sehr professionell klingen ohne dass es grundlegende Qualitätsstandards dafür zu geben scheint.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist dieser Befund nicht nur innerhalb des untersuchten Feldes der Suchthilfe zu legen, wird doch in der Ausbildung generalistisch quer über die Handlungsfelder gelehrt. Die Narrationen lassen den Eindruck entstehen, es bestehe Klarheit bezüglich der Relevanz einer Vernetzung als Schlüssel für gesellschaftspolitische

Einflussnahme. Dennoch mangelt es an einer Systematik, was organisiertes Vorgehen erschwert. Vernetzung wäre also eine hilfreiche Strategie, müsste aber – um wirklich effektiv zu sein – als Methode in die Ausbildung Einzug finden.

Ein Finding in den Narrationen der interviewten ProfessionistInnen veranschaulicht meiner Ansicht nach am aller deutlichsten die Banalisierung, die infolge der mangelnden begrifflichen Klarheit eintritt: „Es is einfach Freundalwirtschaft“ (I2, Z.1008). Dieser (auch als typisch österreichisch verwendete) Begriff bringt die Schwammigkeit des Terminus auf den Punkt und illustriert eine scheinbar höchst relevante Komponente im Bezug auf Möglichkeiten gesellschaftlicher Einflussnahme.

4. Publikationen / Öffentlichkeitsarbeit

Eine weitere Strategie der Sozialen Arbeit um Einfluss auf gesellschafspolitische Veränderungen zu nehmen ist es, einerseits auf die Relevanz und die Inhalte der Arbeit aufmerksam zu machen, sowie andererseits praxisnahes Wissen zu generieren um es anschließend an geeigneter Stelle effektiv platzieren zu können.
Diese Strategie scheint jedoch durch einige Faktoren behindert zu werden, welche im Folgenden erläutert werden.

- Aus den Narrationen der ProfessionistInnen geht hervor, dass Sucht zwar offiziell als Krankheit anerkannt wird, dies aber noch nicht in die Köpfe der Allgemeinheit vorgedrungen sei. Sucht werde von vielen noch immer als etwas „was ma in drei Wochen wieder weg kriegt“ (I.1, Z. 785) bezeichnet. Wichtig sei hier ein Bewusstsein zu schaffen. Aspekte, die charakteristisch für dieses Krankheitsbild seien, müssten in der Behandlung Berücksichtigung finden (vgl. I2, Z.425). Eine Strategie, die aus den Narrationen der verschiedenen ProfessionistInnen hervor geht, ist der veranschaulichende Vergleich mit anderen anerkannten Krankheiten und deren Behandlungsweise. Im Bezug auf den ständig drohenden Ausschluss aus dem

Substitutionsprogramm nennt eine Professionistin das Beispiel eines Diabetikers. Wenn „jemand Diabetis hat und dann etwas Süßes isst und dann (…) in ein Koma fällt, wird der Arzt ah ned sagen Sie kriegen kein Insulin mehr, ja?“ (I2, Z.102). Die Sozialarbeiterin gibt dieses Wissen unter anderem bei Fortbildungen für substituierende ÄrztInnen weiter (vgl. I2, Z.88). Wichtig scheint hier darauf aufmerksam zu machen, dass bei Krankheiten nicht mit zweierlei Maß gemessen werden dürfe. Ist Sucht wirklich als Krankheit anerkannt, dürfe den KlientInnen/PatientInnen die Notwendigkeit einer Behandlung nicht abgesprochen werden. Dazu gehöre auch, Charakteristika des Krankenbildes in der Behandlung zu berücksichtigen (vgl. I2, Z.425). Sind die Rahmenbedingungen der Behandlung nicht adäquat für das Krankheitsbild, sei es logisch, dass Erfolge ausbleiben und Fehlverhalten, wie Unehrlichkeit bezüglich des Konsumverhaltens, verfestigt wird (vgl. I2, Z.429 + I3, Z. 477). Effektive und professionelle Aufklärungsarbeit wird also als wichtige Bedingung für eine Veränderung in diesem Bereich angesehen.

- Deutlich wurde, dass SozialarbeiterInnen nach eigenem Ermessen einiges zu sagen hätten und dass sie nach dem „Bottom-up“* Prinzip gerne mehr bzw. stärker in den Entwicklungsprozess neuer Konzepte eingebunden werden würden. Eine Professionistin erzählt z.B. von ihren Erfahrungen aus Tirol, wo diverse Veränderungen in einem sogenannten „sozialpolitischen Arbeitskreis“ (I3, Z.537) bekannt gegeben und von VertreterInnen der Fachwelt diskutiert werden (vgl. I.3, Z.537-541). Kritik und Veränderungsvorschläge werden im Anschluss daran regelmäßig in Form eines Artikels veröffentlicht. Ein Mitwirken in derartigen Gremien sei so die Sozialarbeiterin nicht zuletzt auch deshalb sinnvoll, da es außerdem die Funktion einer höchst wirksamen „Burn-Out-Prophylaxe“ erfülle (vgl. I3, Z.551).

*bottom-up = von unten nach oben; Vorschläge werden an der Basis entwickelt und dann nach oben weiter gegeben. Gegensatz: top-down (vgl. wissenschaftslexikon 2013)

Ursache dafür scheint das erhöhte Gefühl von Selbstwirksamheit zu sein, welches durch die aktive Mitwirkung im gesellschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess hervorgerufen wird. Die Sozialarbeiterin schildert, eine solche Plattform auch in Niederösterreich vorgeschlagen zu haben. Die Reaktionen der lokalen EntscheidungsträgerInnen seien weitgehend negativ ausgefallen. Es bestehe von Seiten der Träger nicht die Bereitschaft, ein Forum des Austauschs zu schaffen, um Wissen im Sinne von Veränderung zu generieren. Die Sozialarbeiterin berichtet von Reaktionen ihrer KollegInnen wie: „Um Himmels Willen! Wir sind ja angestellt! Wir haben ja Träger! Die sind sicher ned einverstanden! Das geht in Niederösterreich nicht!“ (I3, Z.543). Dieser Vorschlag wurde also offenbar als Aufforderung zur (negativen) Kritik an EntscheidungsträgerInnen und Leitungspersonen aufgefasst.
Dass hiermit nicht eine reine Maßnahme gegen politische- und Verwaltungs-Entscheidungen, sondern vordergründig für mehr Zusammenarbeit, ergriffen werden würde, stieß offenbar auf Unverständnis (vgl. I3, Z.545). Wendt liefert dazu eine für mich denkbar mögliche Erklärung: „Neuerungsabsichten stören die Routinen eines Betriebs, berühren die Zuständigkeiten von Mitarbeitern und damit auch die Machtverhältnisse in der Organisation und treffen folglich auf offene und versteckte Widerstände“ (Wendt 2005:23).

- Auch Öffentlichkeitsarbeit ist ein Bereich, der in der Ausbildung nur am Rande gestreift wird. Vielfach werden zukünftige ProfessionistInnen darin geschult, wissenschaftliche Arbeiten zu verfassen. Es wird jedoch tendenziell verabsäumt, diese Erkenntnisse auch einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. So werden Bachelorarbeiten beispielsweise unter Verschluss gehalten und nur auf Nachfrage für eine kurze Zeitspanne verborgt. Fraglich bleibt, warum die nach wissenschaftlichen Standards verfassten Untersuchungen quasi im Verborgenen gehalten werden müssen. SozialarbeiterInnen werden ersucht, Publikationen zu verfassen und ihr Wissen weiter zu geben, um einen gesellschaftlichen Bewusstseinsprozess in die Wege zu leiten. Ungewiss ist, wie zukünftige SozialarbeiterInnen Courage zur Veröffentlichung entwickeln sollen, wenn ihnen der

Eindruck vermittelt wird, dass ihre Arbeiten nicht die Qualität aufweisen, der es bedarf, um publiziert zu werden.

- In der Vorbereitung für diese Arbeit sind wir Studierenden auf der Suche nach InterviewpartnerInnen häufig auf Widerstand gestoßen. SozialarbeiterInnen selbst waren meist gerne bereit ihr Wissen mit uns zu teilen. Fragten wir jedoch zuvor auf Führungsebene wurden wir häufig mit Ablehnung konfrontiert. Begründet wurde die Verweigerung mit dem Fehlen von personellen und zeitlichen Ressourcen sowie einem „gesetzlich vorgegebenen Informationsauftrag“ (E-Mail Verkehr mit EntscheidungsträgerIn vom 18.12.2012*). Hier wird eine Parallele zur oben erläuterten Barriere auf Ebene der Träger sichtbar. Es muss also bei der Frage nach den Möglichkeiten der Sozialen Arbeit im Hinblick auf sozialpolitische Veränderungen ein zusätzliches Hindernis mitbedacht werden. Zwischen den politischen EntscheidungsträgerInnen und den SozialarbeiterInnen in der Praxis schiebt sich in vielen Fällen die Instanz der sogenannten „Träger“.

  Viele Aufgaben des Sozialstaates wurden aufgrund verschiedenster Faktoren an private Träger abgegeben. Der Staat hat also die Möglichkeit verschiedenste Organisationen zu beauftragen. Diese Träger stellen ein Unternehmen dar, welches ein Interesse daran hat, weiterhin vom Staat beauftragt zu werden. Zwischen dem Sozialarbeiter / der Sozialarbeiterin und der politischen Einflussnahme steht also die Firmenpolitik eines sich erhalten wollenden Betriebs. Anregungen und Ideen der MitarbeiterInnen werden offenbar eher selten miteinbezogen. Die Vermutung liegt nahe, dass der/die AuftraggeberIn (Staat/Land) sich Stabilität und Verlässlichkeit auf Seiten der AuftragnehmerInnen (Träger) erwartet.

* „Aus dem gesetzlich vorgegebenen Informationsauftrag der Bundesministerien ist eine Verpflichtung, Ihrem Ersuchen nachzukommen, nicht abzuleiten. Aus Zeit- und Ressourcengründen ist es ebenso ausgeschlossen, Ihnen für Ihre Arbeit zur Verfügung zu stehen. Ich bedaure, Ihnen daher eine abschlägige Antwort geben zu müssen“ (E-Mail Verkehr mit EntscheidungsträgerIn vom 18.12.2012).

Der Träger, welcher als Unternehmen an der Erhaltung des Auftrags interessiert ist, kann also anscheinend schwer gleichzeitig an einer Anregung zu Innovationshandlungen und Kritik seiner MitarbeiterInnen interessiert sein.

- Des Weiteren fand sich im Sample ein Narrationsstrang, wonach kritisches Denken und neuartige Ideen im Bereich der Suchthilfe nicht gern gesehen werden würden: „Ich weiß wie mit Leuten umgesprungen wird, die sehr kritisch sind (…) und das möchte ich mir einfach nicht verscherzen“ (I2, Z. 864 f). Die Konsequenz eines Andersdenkens könne sein, „gekündigt [zu] werden zum Beispiel“ (I2, Z. 880). „Leute die an einem anderen Konzept arbeiten und da auch in die Öffentlichkeit gehen“ (I2, Z. 883) werden also in ihrem Tun augenscheinlich selten auf einer vorgesetzten Ebene unterstützt. Als weiteres Beispiel schildert ein/e SozialarbeiterIn, dass er/sie persönlich gerne an die Öffentlichkeit gehe, indem er/sie Zeitungsartikel schreibe (vgl. I2, Z. 900). Die Geschäftsleitung habe aber meist immer noch das letzte Wort, wenn es um die Inhalte der Artikel gehe (vgl. I2, Z. 970). Die/der interviewte ProfessionistIn bemüht sich also die oben erwähnte Öffentlichkeitsarbeit zu praktizieren. Hierzu möchte ich bemerken, dass die/der SozialarbeiterIn darum gebeten hat, das Transkript des Interviews zur Leseprobe zu erhalten. Da er/sie bald eine Führungsposition einnehmen werde, bat er/sie mich zuerst, den hier zitierten Abschnitt nicht in die Forschungsarbeit zu schreiben. Ich erklärte ihm/ihr, wie interessant und relevant diese Narrationen für meine Forschung seien und versicherte ihm/ihr die Aussagen zur Gänze zu anonymisieren bzw. zu verfremden. Erst danach gab er/sie seine/ihre Zustimmung zur Verwendung des Datenmaterials. Was die Einnahme einer Führungsposition anbelangt, gibt es hierzu auch ein passendes sowie aussagekräftiges Finding aus dem Interview: „Also ich glaub nicht, dass irgendwer frisch gfangter, noch dazu kritischer in so eine Position kommt“ (I2, Z.1008). Hier wäre interessant herauszufinden, ob der fehlende Platz für öffentliche Kritik (unter den aktuellen gesellschaftspolitischen Bedingungen) systemimmanent ist.

- Als weiteres Beispiel für öffentliche Kommunikation als Strategie der gesellschaftspolitischen Einflussnahme werden Lehraufträge von SozialarbeiterInnen an Fachhochschulen genannt. Die Lehrinstitute suchen zwar nach ProfessionistInnen, welche ihr praxisnahes Wissen an Studierende weitergeben, honorieren diese Arbeit aber meist gering (vgl. I1, Z. 27). Der Anreiz für Wissensvermittlung ist also auch in der Sparte der Ausbildung zukünftiger SozialarbeiterInnen eher ungenügend. Dass viele ProfessionistInnen es trotzdem tun, kann jedoch wiederum als (bewusste) Strategie der Einflussnahme gedeutet werden.

Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass die Wissensverbreitung als strategische Form der gesellschaftlichen Einflussnahme durch mehrere Stolpersteine erschwert wird. An dieser Stelle muss gesagt werden, dass von der Profession gefordert wird, bei schlechter oder gar keiner Bezahlung neben der Arbeitszeit zu publizieren. Dennoch findet Kommunikation zwischen einzelnen ProfessionistInnen und der Öffentlichkeit statt, was das Bewusstsein über ihre Relevanz unterstreicht.

5. Unsicherheit über den Begriff „gesellschaftspolitische Einflussnahme“

Im Dialog mit ProfessionistInnen fällt auf, dass Unklarheit darüber besteht, auf welche Art und Weise Einflussnahme auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen ausgeübt werden kann (I1, Z.385). Es scheint unbestimmt, wie gesellschaftspolitische Einflussnahme aussehen kann/soll und ob dies überhaupt Aufgabe der Sozialarbeit ist. „Innovation durch Soziale Arbeit in der Gesellschaft setzt die Annahme voraus, dass diese in vielen Interaktionen stattfindende Arbeit über ihre dienstliche Funktion hinaus, einzelnen Menschen beizustehen und zu helfen, in der Lage ist, gesellschaftlich etwas zu bewegen und zu ändern“ (Wendt 2005:6).

SozialarbeiterInnen sehen sich in ihrer Praxis eher mit alltäglichen Problemsituationen konfrontiert. Strukturelle Unvereinbarkeiten werden für sie auf der Mikroebene sichtbar, wie folgende Erzählungen von SozialarbeiterInnen der Suchthilfe veranschaulichen:

- „I bin moi mit an Oberst von der Polizei abmarschiert“ (I1, Z.155).
- „Natürlich hätt i des versucht weils ja quasi auf der Hand liegt, dass er mehr braucht als an stationären Entzug“ (I4, Z.120).
- „es ist kein Budget (…) da. (…) also es muss jeder Cent umgedreht werden und das erschwert die Arbeit schon sehr“ (I4, Z.683).
- „Also in Wirklichkeit schauts traurig aus. (…) wenn jetzt wirklich wer in Not ist muss ma selber als SozialarbeiterIn entscheiden äh muss ich den jetzt wo vermitteln, einweisen? Es gibt Klienten, die gehen amal freiwillig a Nacht ins Krankenhaus damits wieder schlafen können und essen können“ (I3, Z.701).

Diese Narrationen veranschaulichen, wie strukturelle Inkompatibilitäten zu Auseinandersetzungen zwischen einzelnen ausführenden Akteuren sowie KlientInnen führen. Rekonstruktionen wie die idealtypisch dargestellten lassen vermuten, dass SozialarbeiterInnen den Auftrag gesellschaftlicher Einflussnahme vor allem im Kleinen, Alltäglichen wahrnehmen (müssen). SozialarbeiterInnen benennen dies auch selbst: „Also ich machs für mich im Kleinen“ (I2, Z.549). Es scheint schwierig, neben den alltäglichen Problembearbeitungserfordernissen gleichzeitig Zeit- und Energiekapazitäten für Veränderungsarbeit auf der Ebene der Strukturen zu leisten.

Die Befragten erklärten außerdem: „im Endeffekt fangt ma ja nur dann an zu arbeiten, wenn man sich von irgendetwas gestört fühlt“ (I1, Z.380). Bezüglich des Bereichs der Suchthilfe scheint dieser Faktor Weiterentwicklungen systematisch zu verlangsamen. So sei die Zahl der KonsumentInnen illegaler Substanzen eine sehr kleine (vgl. I1, Z. 373) weshalb es dieses Problemfeld offiziell in der h. o. Landespolitik gar nicht gäbe (vgl. I1, Z. 361). Erschwerend komme hinzu, dass wenige über konkretes Wissen über die Materie verfügen, viele jedoch verschiedene ungeprüfte Meinungen hier von VerantwortungsträgerInnen

vertreten werden, welche auch durchaus im Bereich des Irrglaubens liegen, steuernd Einfluss ausüben zu können/zu müssen (vgl. I1, Z.374). Das heißt, dass sich SozialarbeiterInnen nicht nur mit den eigenen beschränkten Möglichkeiten konfrontiert sehen, sondern auch mit den konkurrierenden Handlungsspektren anderer AkteurInnen in diesem Bereich.

Im geschichtlichen Rückblick nennen ProfessionistInnen der Suchthilfe vor allem die Profession der ÄrztInnen, wenn es um die Suche nach dem Ursprung von Innovationen in diesem Bereich geht (vgl. I1, Z.439). In keinem der Interviews gab es konkrete Hinweise auf Vorbilder, die im Bereich des gesellschaftlichen Veränderungshandelns auf Vorbilder der Sozialen Arbeit hinweisen. Auf die Frage, ob SozialarbeiterInnen Einfluss auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen nehmen, finden sich keine klaren Antworten. Die Verantwortung für diesen Wirkungsbereich wird eher andernorts gesehen oder als „großes Fragezeichen“ im Raum stehen gelassen: „Najo Sozialarbeiter…?…Irgendwer muss damit anfangen“ (I1, Z.497). Es besteht also offenbar ein geringes Selbstverständnis der Profession für die aktive Übernahme dieses strukturellen Aufgaben-/Verantwortungsbereiches.

Hinsichtlich möglicher Handlungsspielräume sehen ProfessionistInnen Einschränkungen durch gesetzliche Rahmenbedingungen, welche in die Kategorie „politische Gschicht“ (I3, Z.166) eingeordnet werden. „Ma brauchat a Unterstützung vo da Politik her. Wo i sog ok de Einrichtung deaf des mochn“ (I2, Z.378). Veränderungshandeln im Bereich der Suchthilfe sei zusätzlich durch den Aspekt der Illegalität, in dem sich die Klientel bewegt, erschwert. Vorbildhaft seien die Schweiz und Deutschland, wo verschiedene Projekte und Studien vor dem Hintergrund rechtlicher Regelungen legal durchgeführt werden können (vgl. I3, Z.383). Als Beispiel wird eine Studie über kontrollierten Konsum von Heroin für abhängige Schwangere genannt (vgl. I3, Z.384). Der Aspekt der Illegalität behindere den offenen Diskurs über innovative Alternativen. Neue Vorschläge werden meist mit der Begründung der gesetzlichen Unvereinbarkeit abgelehnt (vgl. I3, Z. 475). Die Narration: „I man wenns um diese Substanzen geht (…) brauchts a Offenheit“ (I3, Z. 497) zeigt das Hauptproblem im

Bezug auf die Möglichkeiten. Was verboten sei, dürfe es laut Politik nicht geben und sei daher ohnehin keiner Diskussion wert (vgl. I3, Z.475). Unklar scheint auf Seiten der ProfessionistInnen, wie eine solche Offenheit ohne Legalisierung zumindest bestimmter Bereiche erreicht werden könnte. So nehmen die SozialarbeiterInnen der Suchthilfe wahr, dass das Thema Drogensucht, selbst innerhalb der Profession, bei vielen ein unbekanntes und daher beängstigendes Terrain darstellt (vgl. I3, Z.183). Innerhalb des Handlungsfeldes bestehe auch die Meinung, dass beim Zustandekommen des Suchtmittelgesetzes „Leute mit wenig Kenntnissen zusammen gsessn san“ (I3, Z.388). Der fehlende offene, professionelle Diskurs über diese Thematik scheint das Feld der Suchthilfe äußerst negativ zu beeinflussen. Sie stellen diesbezüglich die Frage in den Raum „Wie geh i damit um? Mit meinem Know-How/Wissen? Schreib i ab und zu an Artikel? Oder versuch i des wissenschaftlich amal…“ (I3, Z.559). Es gäbe bereits Zusammenkünfte wie den sogenannten „Qualitätszirkel“ (I3, Z.586), wo sich mehrere Professionen, die im Bereich der Suchthilfe aktiv werden, gemeinsam an einen Tisch setzen. Dieser „SOLLTE einmal im Jahr sein“ (I3, Z.590).
Deutlich wird hier, dass im Feld bereits einige Ideen bezüglich einer funktionierenden Einflussnahme bestehen. Es besteht ein Bewusstsein, welche Voraussetzungen relevant sind und welche Methoden zur Zielerreichung beitragen könnten. Es scheint noch an einer guten Organisation, konkreten Konzepten und einer offenen Kommunikation zu mangeln.

Das verstärkte Miteinbeziehen der Wissenschaft in die Ausbildung von SozialarbeiterInnen scheint jedoch einen Lichtblick im Bezug auf gelingende gesellschaftspolitische Einflussnahme zu bringen. Die veränderte Ausbildung mache Hoffnung auf Veränderung: „Wir bilden WissenschaftlerInnen aus! I man des wird spannend, ob dann MEHR auf dieser Fachebene passiert. Im Kontext nämlich mit der Basissozialarbeit“ (I3, Z.561). Praktizierende SozialarbeiterInnen scheinen also durchaus einen bestehenden Kompetenzmangel innerhalb der Profession wahrzunehmen. Sie scheinen in der zunehmenden Professionalisierung der Sozialen Arbeit eine Chance für verstärkte gesellschaftspolitische Wirksamkeit zu sehen. Diese Ahnung stimmt auch mit der Einschätzung Sylvia Staub-Bernasconis überein, welche neben dem doppelten Mandat der

Sozialen Arbeit (Hilfe vs. Kontrolle) ein drittes Mandat als relevant erachtet. Dieses bestehe zum Einen aus einer wissenschaftlichen Beschreibungs- und Erklärungsbasis sowie wissenschaftsbegründeter Arbeitsweisen (vgl. Staub-Bernasconi 2007:200). Zum Anderen ist ein weiterer Bestandteil des dritten Mandats die ethische Basis, „auf welche sich die Professionellen in ihren Entscheidungen unabhängig vom gerade herrschenden Zeitgeist (...) berufen können und welche die zentralen Fragen der Profession als solche regelt“ (ebd.). Im Fall der Sozialen Arbeit stellen hier die Menschenrechte eine Legitimationsbasis dar, welche wenn nötig, eigen bestimmte Aufträge ermöglicht (vgl. ebd.). „Mit diesem dritten Mandat sind Professionalität und Politik keine Gegensätze, aber es muss wissenschaftlich und menschenrechtlich begründete Fachpolitik sein, die sich in öffentliche Diskurse und Politiken einmischt und mit gestaltet“ (Staub-Bernasconi 2007:201).

Der *Beruf* des / der SozialarbeiterIn kann in *praktisch-methodischer* Hinsicht sehr gute Arbeit leisten, ohne die wissenschaftlichen Begründungen für diese Praxis zu kennen (vgl. ebd.). Soziale Arbeit ist jedoch (mittlerweile) als *Profession* anzusehen, die auch gesellschaftspolitisch Einfluss nehmen möchte/kann/muss. Aus den Interviews geht hervor, dass auch ProfessionistInnen, welche schon vor längerer Zeit ihre Grundausbildung abgeschlossen haben, die Ansicht teilen, dass die Soziale Arbeit verpflichtet ist gesellschaftliche Verhältnisse kritisch zu betrachten und bei Bedarf bei ihrer Veränderung beizutragen. Dies setze unter anderem eine Wissenschaftsbasierung voraus bzw. kann von dieser in die Wege geleitet werden.
SozialarbeiterInnen wurden/werden vielleicht bisher in ihrer Ausbildung nicht mit dem Selbstbewusstsein ausgestattet, einem solchen dritten Mandat gerecht werden zu können.
Es scheint, je mehr die Inhalte der Profession ausdifferenziert werden, desto mehr wird klar wie gesellschaftliche Einflussnahme seitens der Sozialen Arbeit aussehen kann / muss.

6. Ressoucen- vs. Defizitorientierung in der KlientInnenarbeit

Die heterogenen Narrationsstränge der ProfessionistInnen aus der Suchthilfe beleuchten die Problematik des schmalen Grates zwischen Ressourcen- gegenüber Defizitorientierung. Dies zeigt sich in der folgenden Darstellung, welche veranschaulicht, wie theoretisch durchdachte Optionen im nächsten Zug durch verschiedenste konträre Deutungsmuster wieder verworfen werden.
Ein immer wieder genanntes Thema ist die fehlende Lobby der KonsumentInnen illegaler Substanzen (vgl. I1, Z. 624). Als eine mögliche Strategie gesellschaftspolitischer Einflussnahme wird hier die Hilfe zur Selbsthilfe im Sinne des Empowermentansatzes gesehen. Ein Professionist sieht z.B. die Gründung einer Gewerkschaft der „drug users“ (I1, Z. 631) im Hinblick auf stärkere Beeinflussung der Gesetzeslage als sinnvoll. Es gäbe „X Beispiele“ (I1, Z.632), wie dies realisiert werden könne. SozialarbeiterInnen sehen demnach ein hohes Potenzial an Selbstwirksamkeit in ihren KlientInnen. Empowerment der KonsumentInnen wird also als denkbare Strategie einer Form der Machtausübung angesehen.

ProfessionistInnen stellen außerdem klar, sie können einem „Drogenkranken die gleichen Angebote machen, de i an gsunden Menschen machen kann im Endeffekt“ (I1, Z.995). In diesem Zusammenhang werden prinzipielle Handlungsspielräume dargelegt. Interessant ist, dass KlientInnen auch ein großer Teil an Eigenverantwortung zugesprochen wird. „Was i definitiv ned hab, dass i mi aufs System aussi redn muass“ (I1, Z.986) „weil de aller meisten wissen, was sie da tun“ (I1. Z.789). „Wenn einer von mir die Hilfe in Anspruch nimmt, kann i sagen: So rennt das und in dem Bereich müssen wir uns bewegen“ (I1, Z.989). Als Strategie kann angesehen werden, „einfach nur“ Informationsangebote zu geben und „de Leid abissl bei da Hand [zu nehmen]“ (I1, Z.992). Der/die KlientIn wird als selbstverantwortlicher Mensch angesehen und ihm/ihr wird als solcher Unterstützung angeboten. SozialarbeiterInnen agieren insofern als Netzwerk der KlientInnen, welches sie nutzen können oder auch nicht. ProfessionistInnen stellen sich selbst, ihr Können und ihr Wissen zur Verfügung (vgl. I1, Z.1016). Sie schließen auf diese Weise eine Lücke im

Ressourcenspektrum eines Klienten / einer Klientin und nehmen so Einfluss auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Neben dem bewussten Hervorheben einer hilfsbedürftigen KlientInnengruppe kann eine andere Strategie für gesellschaftliche Einflussnahme also offensichtlich auch die ausdrückliche Gleichbehandlung sein. Dazu gehört auch die Auskunft über Themengebiete, in denen SozialarbeiterInnen ExpertInnen sind. Es gehe in der Suchthilfe oft um banale „Aufklärungssachen“ (I4, Z.390) und darum „a gaunz a ehrliches Feedback“ (I4, Z.133) zu geben. ProfessionistInnen nehmen also die Funktion wahr, den Informationsinput der für gesellschaftliche Veränderungen Voraussetzung ist, zu geben. Durch das Anbieten von Information und Feedback ermöglichen sie KlientInnen ihr Wissensspektrum / ihren Horizont zu erweitern. Sie tragen so zu einer informierten Gesellschaft bei, welche dadurch das Potential für Handlung entwickeln kann. Außerdem geben sie KlientInnen die Möglichkeit, Defizite in der Kommunikation im Freundes- und Familienkreis auszugleichen. Die Narration: „wenn i den frag ob er mit seine Freunde reden kann über Probleme daun schaut a mi au und sogt: na bist oag mit meine Freind dua i ned Probleme wözn‘“ (I4, Z.100) ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur für KlientInnen im Bereich der Suchthilfe charakteristisch. SozialarbeiterInnen ermöglichen also einen Raum für offene, vertrauliche Gespräche, welcher gesellschaftlich wichtig wäre aber meist im privaten wie öffentlichen Bereich nicht gegeben ist. „Is des glaub i scho wichtig, weu a des jo sunst nirgends hört“ (I4, Z.144).

Bei der Frage, inwiefern SozialarbeiterInnen Einfluss auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen nehmen (können), geht es nicht nur darum wie sehr sie einen Veränderungsprozess fördern, sondern auch inwiefern sie ihn durch ihr Agieren eventuell z.B. qua Habitualisierung bremsen. Während SozialarbeiterInnen auf der einen Seite Wert darauf legen, nicht voreilig zu interpretieren und nicht in vorgefertigten Kategorien zu denken (vgl. I1, Z. 1076, Z. 1082 und Z. 1074), neigen sie an anderer Stelle selbst dazu, bestimmte aufgeladene und substanzialisierte Begriffe für die zu betreuende KlientInnengruppe zu verwenden. Mit Floskeln wie „olle buttawach“ (I1, Z.71) „Junks“

„Gammler“ (I1, Z. 768) verwenden SozialarbeiterInnen eben dieses Vokabular, welches den Anschein erweckt, eine bestimmte Gruppe von Menschen zu einer Kategorie zusammenfassen zu können. Einerseits liegt die Vermutung nahe, dass SozialarbeiterInnen mit einem gewissen Zynismus (nur) darstellen wollen, welches Ansehen KlientInnen gesellschaftlich „genießen“. Andererseits ist es auch interessant, dass ProfessionistInnen selbst nicht Abstand nehmen von derartigen Bezeichnungen. Es stellt sich die Frage, ob es notwendig ist verbreitete Begrifflichkeiten zu verwenden, um im gesellschaftlichen Diskurs Klarheit darüber zu schaffen über welche Klientel gesprochen wird oder ob eine solche verbale Kategorisierung einen Innovationsprozess behindert.

Mögliche Potentiale werden durch die Vorurteile des Feldes schnell wieder verworfen. Problematisch sei – so die zentrale Deutung aus dem Feld - dass die Gruppe der KonsumentInnen illegaler Substanzen sich als träge und wenig interessiert erweist (vgl. I1, Z.640, Z.658). Man könne sich „vo soiche Leid“ (I1, Z.660) keinen Umschwung erwarten. Die Gruppe der KlientInnen wird zusammen gefasst und ihre Möglichkeiten aktiv an einem Veränderungsprozess teilzunehmen, werden ihnen generalisiert abgesprochen.

SozialarbeiterInnen agieren also einerseits ressourcenorientiert. „Das Empowerment-Konzept richtet den Blick auf die Selbstgestaltungskräfte der Adressaten Sozialer Arbeit und auf die Ressourcen, die sie produktiv zur Veränderung von belastenden Lebensumständen einzusetzen vermögen“ (Herringer 2010:7). Andererseits verwerfen sie die Möglichkeiten dieser Idee, indem sie gleichzeitig einen defizit-orientierten Ansatz vertreten. Fraglich ist in Folge dessen, wie ProfessionistInnen der Sozialen Arbeit Einfluss auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen nehmen können, wenn sie durch ihre Denkmuster und Wortwahl selbst dazu beitragen die bestehenden diskriminierenden Gegebenheiten zu festigen.

7. SozialarbeiterInnen bedenken ökonomische Aspekte

Ein weiterer Aspekt, der einer gesellschaftspolitischen Einflussnahme eher im Wege steht, ist die Tatsache, dass SozialarbeiterInnen meist auch über ökonomische Sachzwänge ihrer Arbeit reflektieren und ihr Handeln offensichtlich danach ausrichten.

Neben den teilweise prekären Lebenssituationen ihrer AdressatInnen haben ProfessionistInnen vielfach auch den als „hoch" bewerteten Aufwand im Blick, der in Zusammenhang mit adäquaten (gesetzlich abgesicherten) Umstrukturierungen stehen würde. So müsse man auch die öffentliche Reaktion auf die „Kosten-Nutzen"-Relation (I1, Z. 736) beachten. Hier wird deutlich, dass Soziale Arbeit immer auch dem Druck unterliegt, die Relevanz ihrer Arbeit nachzuweisen. Viele Interventionen der Profession haben jedoch präventiven Charakter, dessen Nutzen sich nicht durch unmittelbare Ergebnisse „beweisen" lässt. Vor allem stellt sich hier auch die Frage, wie der Wert der Qualität eines Menschenlebens gemessen werden soll. Sozialarbeit wird eben nicht durch einen Verkaufserfolg legitimiert, sondern durch ihren Beitrag zur Lösung bzw. Bewältigung sozialer Probleme (vgl. Wendt 2005:40). Die internationale Definition Sozialer Arbeit der International Federation of Social Workers beschreibt, dass die Profession „die Menschen [befähigt] (…) ihr Leben besser zu gestalten" (Molderings 2000). Ob diese Dienstleistung geschätzt wird oder nicht, entscheidet darüber, ob der notwendige „Aufwand" und die dazugehörigen „Kosten" von der Allgemeinheit bereit gestellt werden oder nicht.

Obwohl Effizienz und Ökonomie nicht zur speziellen Expertise eines Sozialarbeiters / einer Sozialarbeiterin zählen, dominieren diese Aspekte bei fachlichen Überlegungen vielfach. Es stellt sich die Frage, ob sich bei SozialarbeiterInnen durch die zunehmende Verwirtschaftlichung ihrer Arbeitsgebiete eine Art der Ergebenheit vor dem übermächtigen Feld der Wirtschaft entwickelt. AkteurInnen sehen häufig Finanzierungsmöglichkeiten als Hauptproblem, während andere Mankos unterbelichtet thematisiert werden. Die Diskurse über strukturelle Machbarkeits- und Finanzierungsmöglichkeiten scheinen jeder fachlich-argumentierten Grundlage zu entbehren. Die offiziellen „Grundlagen der Sozialen Arbeit

sind die Prinzipien der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit“ (Molderings 2000). Das heißt, dass diese Überlegungen immer an erster Stelle stehen sollen. Die realen Diskurse drehen sich aber offenbar häufig um andere Themen.

Finanzielle Rahmenbedingungen scheinen unter anderem auch deshalb relevant, da die Anstellung, sowie die Möglichkeiten der Berufsausübung von einer ständig gefährdeten finanziellen Unsicherheit überschattet scheinen. So beschreiben ProfessionistInnen, dass es sich negativ auf die Arbeit auswirken würde „wenn de jetzt unser Budget streichen“ (I4, Z.265). Fragen der Würde und der Gerechtigkeit werden also von Fragen der Machbarkeit und der ökonomischen „Leistbarkeit“ dominiert.

Da SozialarbeiterInnen nach der internationalen Definition ihrer Profession „AnwältInnen für Veränderung“ (Molderings 2000) sind, besteht die Hoffnung, dass die soziale Gerechtigkeit in Zukunft offizielles Ziel der Sozialen Arbeit bleibt.

5. Resümee

Auf die Eingangsfrage: „Gesellschaftspolitischer Wandel – Strategien Sozialer Arbeit?“ konnten einige Antworten gefunden werden, die hier noch einmal abschließend zusammen gefasst und reflektiert werden.

Ein Wandel, der sich gesellschaftsübergreifend beobachten lässt, ist der höhere Anspruch, *professionelle* Dienstleistungen zu erbringen, sowie zu erhalten. Unter dem Begriff Professionalität wird ein Handeln auf Basis empirischer Fakten, Stichhaltigkeit und Verlässlichkeit verstanden. Diesem „Trend“ möchte auch die Soziale Arbeit folgen. Wissenschaft ist also auch für diese Profession wichtig, um nicht dem Vorwurf der willkürlichen Handlung zu unterliegen.

Da vielfach defizitäre *strukturelle* Gegebenheiten die Ursache für die Notwendigkeit Sozialer Arbeit sind, muss die Profession auch im Prozess der Gestaltung gesellschaftspolitischer Strukturen aktiv werden/sein. Sich dieser Tatsache bewusst zu sein und Problemfelder lokalisieren zu können, setzt professionelles Wissen voraus. Die Generierung von spezifischen Informationen und Kenntnissen wird als Voraussetzung für gelingende gesellschaftspolitische Einflussnahme erachtet.

Wie Strukturen beeinflusst und bearbeitet werden können und inwiefern dies Aufgabe der Sozialen Arbeit ist, scheint noch relativ unklar zu sein.

Gesellschaft und Politik werden vielfach als etwas sehr abstraktes und schwer Veränderbares angesehen. Andere Professionen werden als konkurrierend und einflussreicher eingeschätzt, wodurch das eigene Nicht-Handeln scheinbar oftmals legitimiert wird.
Der Bereich der Suchthilfe sei überdies ein sehr kleiner, so ein zentraler Narrationsstrang. Zu wenige seien davon betroffen und zu viele hätten verschiedene Meinungen dazu. Der Zusammenhang zwischen alltäglichen Problemen und strukturellen Gegebenheiten wird

jedoch sehr wohl wahrgenommen. Hinderlich sei der fehlende offene Diskurs über die Suchtthematik und die damit einhergehende Uninformiertheit der Mitglieder der Gesellschaft.

Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit werden als sinnvolle Strategien erachtet, größeres Bewusstsein zu schaffen. Hier wird ein Mehr an Wissensaustausch und Zusammenarbeit auch mit politischen Entscheidungsinstanzen gewünscht bzw. vorgeschlagen. Für eine funktionierende und wünschenswerte „Bottom-Up"-Politik sei aber eine größere Toleranz gegenüber Kritik und Innovationsvorschlägen in diesem Bereich essentiell. Es ist ja auch nicht so, dass die Soziale Arbeit nur die täglichen Probleme ihrer KlientInnen wahrnimmt, und mit utopischen Vorstellungen an die Politik herantreten würde. Im Gegenteil: Durch die scheinbar lang gewohnte „Top-Down"-Herangehensweise, haben SozialarbeiterInnen einen geschärften Blick für Machbar- und Finanzierbarkeit entwickelt. Die Analyse zeigt, dass dies eben teilweise sogar so weit geht, dass in den Überlegungen scheinbar hinderliche Machbarkeitsüberlegungen in ihrer Relevanz über ethische Gerechtigkeitsaspekte gestellt werden. Auf diese „Schräglage" muss in Zukunft auf jeden Fall ein Augenmerk gelegt werden.

Eine weitere zentrale Komponente möglicher Strategien gesellschaftspolitischer Einflussnahme ist Vernetzung. Das sogenannte Networking scheint eine nützliche Strategie sein zu können. Dieses Ergebnis ist bewusst im Konjunktiv formuliert, da es nur in gewissem Maße als effektive Strategie angesehen werden kann. Ursache dafür scheinen der Mangel an professionellen Standards und die dadurch stark individuelle Herangehensweise zu sein. Vernetzungsforen scheitern häufig an der Art der Durchführung. Sichtbare Erfolge bleiben daher mehrfach aus.

Auch die Ermächtigung der KlientInnengruppe wird als Möglichkeit der gesellschaftspolitischen Einflussnahme genannt. Nach dem Vorsatz der Ressourcenorientierung wird über mögliche Handlungsoptionen nachgedacht. Im Zuge dieses Prozesses drängen sich aber spezifische Deutungsmuster der SozialarbeiterInnen

auf, die wiederum stark auf die Defizite der Klientel hinweisen. Hier wird also offenbar ein Schritt nach vor und zwei wieder zurück gemacht. Ein Ausbau der ressourcenorientierten Konzepte dürfte für die Zukunft aber vielversprechend sein.

Last but not least und meiner Ansicht nach als zentral anzusehen ist die, in der Ergebnisformulierung einleitend angeführte Erkenntnis. Dieser entsprechend, sind Interesse und Motivation generell als zentrale Charakteristika helfender Berufe anzusehen. Die Intention Sozialarbeit zu leisten ist also ähnlich derer, gesellschaftspolitisch Einfluss zu nehmen oder impliziert diese sogar. Aus welchen Gründen auch immer entwickeln gewisse Menschen ein Interesse dafür, in einem bestimmten Bereich tätig zu werden. Ich schließe meine Arbeit mit diesem Thema, da ich damit auf die Relevanz der Motivation aufmerksam machen möchte. Um eine Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu erreichen, müssen ihre MitgliederInnen dazu motiviert werden/sein proaktiv am Gestaltungsprozess teilzunehmen. SozialarbeiterInnen haben durch ihre Berufswahl meiner Ansicht nach bereits einen großen Schritt in Richtung Mitgestaltung gesetzt. Aufgabe der Profession muss es aber sein, diesen Schritt *wahrzunehmen* und für eine gelingende Einflussnahme zu *nutzen*. Was in Zukunft meiner Meinung nach hilfreich sein könnte, wäre gezielter herauszufinden, was die einzelnen SozialarbeiterInnen genau bewirken wollen, welche strukturellen Aspekte dafür hinderlich sind und was in diesen Bereichen geändert werden müsste. Darüber hinaus wäre es wichtig, SozialarbeiterInnen die Möglichkeit einer Honorierung wissenschaftsbasierter Publikationen, neben ihrer täglichen Arbeit zu ermöglichen. Ich glaube, dass Interesse - platziert an der für die notwendige Handlung passenden Stelle - immense Hebel in Bewegung bringen kann. Interesse impliziert etwas zu wollen und der Wille kann ja bekanntlich Berge versetzen.

6. Literatur

- Buchacher, Robert (2008): Wie korrupt ist die Medizin? Wie Ärzte von der Pharmaindustrie korrumpiert werden, http://www.profil.at/articles/0846/560/225582/wie-medizin-wie-aerzte-pharmaindustrie am 11.04.2013

- Castel, Robert (1983): Von der Gefährlichkeit zum Risiko. In: Wambach, Max (Hrsg.): Der Mensch als Risiko. Zur Logik on Prävention und Früherkennung. Frankfurt am Main

- Cattacin, Sandro (2012): Drogenpolitik als Gesellschaftspolitik: Rückblick und Ausblick, In: Suchtmagazin. Ausgabe 2. Basel.

- Corbin, Juliet; Strauss, Anselm (1996): Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Aus dem Amerikanischen von S. Niewiarra und H. Legewie. Weinheim.

- Duden (2013): www.duden.de am 02.05.2013

- Geißler-Piltz, Brigitte; Räbinger, Jutta (Hrsg) (2010): Soziale Arbeit grenzenlos. Warschau.

- Gläser, J.; Laudel, G. (2004). Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden.

- Herringer, Norbert (2010): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 4.Auflage. Stuttgart

- Keupp, Heiner (1981): Psychologen im psychosozialen Arbeitsfeld. Versuch einer Grenzmarkierung im unwegsamen Gelände widersprüchlicher Deutungsmuster. In:

Kardoff, E.; onKoenen, E. (Hg.): Psyche in schlechter Gesellschaft. Zur Krise klinisch-psychologischer Tätigkeit. München/Wien/Baltimore

- Loviscach, Peter (1996): Soziale Arbeit im Arbeitsfeld Sucht. Eine Einführung, Freiburg im Breisgau.

- Mansel, Jürgen; Kahlert, Heike (2007): Arbeit und Identität im Jugendalter vor dem Hintergrund der Strukturkrise. Ein Überblick zum Stand der Forschung. In: derselbe: Arbeit und Identität im Jugendalter. Die Auswirkungen der gesellschaftlichen Strukturkrise auf Sozialisation. Weinheim und München

- Molderings, Barbara (2000): International Federation of Social Workers IFSW. Neue Definition von Sozialarbeit, http://www.sozialarbeit.at/index.php?option=com_content&task=view&id=294&Itemid=383 am 29.04.2013

- Mühl, Jürgen (2011): Konkurrenz und Kooperation – Zur Perspektive der Suchtkrankenhilfe, In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. Auflage 1. Bonn.

- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. 1.Auflage. Bern; Wien [u.a.]

- Wendt, Wolf Rainer (2005): Innovationen in der sozialen Praxis. 1.Auflage. Baden-Baden.

- Wissenschaftslexikon: Bottom-up. http://www.wirtschaftslexikon.co/d/bottom-up/bottom-up.htm am 11.04.2013

7. Anhang

7.1. Interviewleitfaden

Einstiegsfrage:

Ich bin Teil einer Projektgruppe des Bachelorstudiengangs Soziale Arbeit der Fachhochschule St. Pölten und wir beschäftigen uns mit dem Thema „soziopolitischer Wandel“. Im Zuge der Datenerhebung befragen wir Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen aus unterschiedlichen Feldern zu ihren Strategien im Umgang damit. Die Ergebnisse der Interviews sollen dabei helfen, die aktuelle Situation darzustellen.
Als Sozialarbeiter im Bereich der Suchthilfe sind Sie ja besonders intensiv mit Veränderungen, beispielsweise bei der Finanzierung oder der politischen Ausrichtung, beschäftigt. Daher interessiert mich Ihre Sicht in der Rolle des Experten / der Expertin über organisierte Hilfe-Prozesse. Inwieweit haben Sie Umbrüche wahrgenommen und wie sind Sie damit umgegangen?
Alle Daten, die ich im Zuge dieses Interviews aufzeichne werden anonymisiert und verfremdet. Es können keine Rückschlüsse auf handelnde Personen und Funktionen gezogen werden. Wenn Sie möchten, kann ich Ihnen dieses anonymisierte Transkript im Anschluss an das Interview zur Ergänzung bzw. zur Korrektur schicken.
Vielleicht möchten Sie sich vorab noch kurz vorstellen und mir Ihre Rolle bzw. Aufgaben in der Suchthilfe erklären.

Ergänzende Fragen:

1. Veränderungen sind ein Teil des menschlichen Lebens. „Die Erde steht nicht still“ – scheinbar in keinem Bereich. Inwieweit haben Sie den Eindruck, dass auch Organisationen Sozialer Arbeit von diesem Phänomen betroffen sind und vor allem in welcher Form?

Welche spezifischen Bereiche glauben Sie, sind besonders betroffen?

2. Welche speziellen Entwicklungen im Arbeitsfeld, welche aktuellsten Veränderungen von Rahmenbedingungen sind für Sie in der Suchthilfe von Bedeutung bzw. welche könnten von Bedeutung sein?

3. Welche politischen oder gesellschaftlichen Veränderungen würden Sie als ProfessionistIn speziell als hinderlich / problematisch bzw. als förderlich / gewinnbringend / fortschrittlich für Ihre Arbeit in der Suchthilfe beschreiben?

4. Wie frei oder auch gefangen erleben Sie sich selbst im Kontext der Suchthilfe in der Handhabe von Veränderungen?

Wie autonom können Sie über Hilfe-Gewährung entscheiden?

Erkennen Sie einen Unterschied in Ihrer Handlungsautonomie im zeitlichen Vergleich?

5. Gibt es noch etwas, dass Sie mir bezogen auf das Thema gerne mitgeben möchten?

7.2. E-Mail-Verkehr mit der Bundesdrogenkoordination vom 18.12.2012:

Anfrage-E-Mail:

Sehr geehrtX XXX,

mein Name ist Lisa Riedler, ich studiere Soziale Arbeit an der Fachhochschule St.Pölten und recherchiere derzeit für meine 2.Bachelorarbeit, die das von mir gewählte Thema "Sozialarbeit in der Suchthilfe" behandelt.
Wir sind eine Gruppe von 3 StudentInnen, die zu diesem Thema Interviews mit SozialarbeiterInnen führt. Eine meiner KollegInnen hat bereits mit Frau XXX gesprochen, welche Sie als InterviewpartnerX empfohlen hat.
Ich würde mich sehr freuen, wenn ich ein Interview mit Ihnen führen dürfte. Das Überthema unserer Forschung ist sozialer Wandel, welchen Einfluss er auf Soziale Arbeit hat bzw. wie SozialarbeiterInnen damit umgehen. Im Bezug auf Suchthilfe wären Sie als nationale DrogenkoordinatorX,VorsitzendeX der Bundesdrogenkoordination und VorsitzendeX des Bundesdrogenforums meines Erachtens einX extrem interessanteX InterviewpartnerX.
Das Interview würde nicht länger als etwa 1,5 Stunden dauern. Die Terminvereinbarung würde sich natürlich zeitlich und örtlich an Ihren Möglichkeiten orientieren. Wichtig wäre nur, dass bis Ende Jänner ein Treffen statt gefunden hat.

Ich freue mich über eine Rückmeldung von Ihnen und stehe gerne für Rückfragen zur Verfügung. Sie können mich auch telefonisch unter XXX erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Lisa Riedler

Antwort-E-Mail:

Sehr geehrte Frau Riedler,

Aus dem gesetzlich vorgegebenen Informationsauftrag der Bundesministerien ist eine Verpflichtung, Ihrem Ersuchen nachzukommen, nicht abzuleiten. Aus Zeit- und Ressourcengründen ist es ebenso ausgeschlossen, Ihnen für Ihre Arbeit zur Verfügung zu stehen. Ich bedaure, Ihnen daher eine abschlägige Antwort geben zu müssen.

Mit freundlichen Grüßen
XXX

Abteilung II/A/5
Rechtsangelegenheiten Drogen und Suchtmittel,
neue psychoaktive Substanzen

7.3. Abkürzungen

I1 = Interview Nummer Eins; geführt mit einer/m SozialarbeiterIn aus dem Bereich der Suchthilfe

I2 = Interview Nummer Zwei, geführt mit einer/m SozialarbeiterIn aus dem Bereich der Suchthilfe

I3 = Interview Nummer Drei, geführt mit zwei SozialarbeiterInnen aus dem Bereich der Suchthilfe

I4 = Interview Nummer Vier, geführt mit zwei SozialarbeiterInnen aus dem Bereich der Suchthilfe

Z = Zeilennummer im jeweiligen Transkript

8. Eidesstaatliche Erklärung

Ich, Lisa Riedler, geboren am 17.04.1991 in Lilienfeld, erkläre,

1. dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfen bedient habe,

2. dass ich meine Bachelorarbeit bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.

St. Pölten, am 6.Mai 2013